Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m.b.H. Dresden-A. 1 / Geschäftsst. u. Expedition Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 250 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13 553, Amtl. Schlagetermin / Schriftleitung: Dresden-A. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreise: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Montag, den 14. März 1927 — Nummer 61

## Galgen- und Standgerichte in Ungarn

Wir berichteten schon über die Verhaftung ungarischer Arbeiterführer, des Genossen Zoltan und des Linkssozialisten Nagy, sowie über 70 anderer Arbeiter. Nur 22 Verhaftete hat man freigelassen. Die beiden oben angeführten Führer und 9 Kommunisten und Linkssozialisten hat man der Staatsanwaltschaft zugeführt. Die beiden Führer sollen wie jetzt mitgeteilt wird, **innerhalb 8 Tagen vor ein Standgericht gestellt werden. Nach ungarischem Gesetz kann das Standgericht nur die Todesstrafe aussprechen.** Man will die Revolutionäre morden. Diese Mordhetze wird in Ungarn von den Bonzen systematisch betrieben. Die sozialdemokratische Zeitung „Kepszava" berichtet, daß die Polizei beschlossen habe, einen Antrag auf standgerichtliche Aburteilung zu stellen. Zur Begründung führt die Henkerbande an, die Führer haben einen Kommunistenputsch geplant und nach dem Gesetz von 1921 werde dafür standrechtliche Aburteilung gefordert.

Auf einer Konferenz der regierenden Einheitspartei sprachen politische Abgeordnete von angeblichen kommunistischen Komplotten auf dem flachen Lande. Sie führen als Beweis für eine ganz Ungarn umfassende organisatorische Tätigkeit die jeden Tag vorkommenden empörungsartigen Erscheinungen innerhalb der militärisch-faschistischen Organisation der Jugend „Levente" an. Die Faschisten schlagen Alarm wegen **angeblicher Versammlungen in den Dörfern, veranstaltet von der Bagi-Partei,** und fordern die energischsten Maßnahmen.

In Wirklichkeit handelt es sich um spontane Versammlungen der unterdrückten Bevölkerung. Auch diese Versammlungen zeigen die gewaltige Erregung der Massen in Horthy-Ungarn gegen das Blutregiment der herrschenden Klasse. Durch die Ermordung der Führer soll jetzt das ungarische Proletariat erneut geknebelt werden.

Die Aussagen gegen die Verhafteten werden mit den unglaublichsten Foltermethoden erpreßt. Hierüber wird folgendes bekannt:

Der Jungarbeiter Eduard Rubin, den man 8 Tage lang gefoltert hat, wurde zur Konfrontation geführt. Sein Gesicht war bis zur Unkenntlichkeit zerschlagen, die Haare herausgerissen, aus einem Ohr tropfte Blut, er konnte nicht auf den Füßen stehen, so daß ihn zwei Detektivs hineintragen und während des ganzen Verhörs halten mußten. Alle paar Minuten fiel er in Ohnmacht und mußte mit Wasser begossen werden, um wieder zum Bewußtsein gebracht zu werden.

•

Schon einmal erhob sich die internationale Arbeiterklasse gegen die Blutherrschaft der herrschenden Banditen in Ungarn. Damals entriß die Arbeiterschaft der Bestie die Todesopfer.

Jetzt gilt es wieder. Die Mörderbande will zeigen, daß sie treue Verbündete zum Kampf gegen Rußland sind. Arbeiterblut soll Chamberlain die Treue besiegeln.

**Arbeiter, Klassengenossen! Duldet nicht den Mord, erzwingt die Freilassung der Verhafteten.**

## „England zum Trotz"

**Moskau,** den 11. März 1927.

Beim Finanzkommissariat der Sowjetunion gehen zahlreiche Briefe aus verschiedenen Städten ein, deren Absender den Wunsch aussprechen, daß eine neue Anleihe auferlegt werde, die nach Ansicht der Briefschreiber „England zum Trotz" welches eine internationale finanzielle Blockade der Sowjetunion zustandebringen will, rasch überzeichnet werden wird.

## Der Polizeibeamten-Verbandstag in Pirna

Von Robert Siewert, Chemnitz.

Wieder einmal hatten wir Gelegenheit, an einem Verbandstag Sächsischer Polizeibeamter teilzunehmen.

Der Verbandstag hat in seinen drei Tagen mit öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungen ein riesiges Maß von Arbeit erledigt. Es ist kein Vergnügen, an Verbands- oder Parteitagen teilzunehmen, das gilt schon für die Tagungen der Arbeiterorganisationen. Ein Verbandstag der Polizeibeamten ist anstrengender und ermüdender, weil an einer solchen Tagung eine Reihe von Gruppen teilnimmt, deren Interesse sich vielfach kreuzen und deren Auffassung durch Tradition, Herkommen und Tätigkeit ungeheuer stark beeinflußt wird. Dabei darf nicht vergessen werden, daß der Beamtenschaft im allgemeinen und auch den Polizeibeamten, die den Arbeitern ins Fleisch und Blut übergegangene Auffassung von der Notwendigkeit einer starken gewerkschaftlichen Kampforganisation fehlt. Wenn wir trotzdem feststellen können, daß die Tagung in Pirna Beweis dafür war, daß sich die Polizeibeamtenschaft auch in dieser Richtung vorwärts bewegt, so ist das für die Arbeiterschaft von besonderer Bedeutung. **Es setzt sich bei den Polizeibeamten mehr und mehr die Ansicht durch, daß man zur Arbeiterklasse gehört und deshalb mit den Arbeitern sich verständigen** und letzten Endes **auch gemeinsam kämpfen muß.**

Wenn von einigen Herren, die am Verbandstag teilgenommen haben, immer wieder die politische Neutralität der Organisation betont wurde, und wenn insbesondere Stimmungsmacher versuchten, gegen jede politische Note Stimmung zu erzeugen, so muß auch dazu einmal ein Wort gesagt werden. Die Organisation der Polizeibeamten **als solche** kann für sich den Grundsatz **der politischen Neutralität** aufstellen. Der Polizeibeamte aber ist Staatsbürger, steht im öffentlichen Leben, muß zu allen Fragen, die auftauchen, Stellung nehmen, er muß sich entscheiden, entweder so oder anders, d. h. er muß Partei nehmen. Wie die Entscheidung fallen muß, das wird bestimmt in erster Linie durch die Verhältnisse. **Wo muß der Polizeibeamte stehen? Wo kann er nur stehen? Bei den Unternehmern? Bei den Kapitalisten, bei den Besitzenden oder bei den Arbeitern, bei den Ausgebeuteten? Ehe wir eine Antwort darauf geben, kurz noch einige Feststellungen.**

Die Polizeibeamtenschaft steht vor wichtigen Gesetzen. Das Polizeibeamtengesetz, das kommen muß, wirft bereits drohende Schatten voraus. Es bringt wahrscheinlich eine stärkere Militarisierung und keine bessere Besoldung, keine besseren Versorgungsbestimmungen mit sich. Die Frage der Dienstzeitregelung, d. h. der Arbeitsleistung und die Frage der Besoldung, d. h. der Entlohnung sind von größter Wichtigkeit.

Jeder Polizeibeamte muß sich klar darüber sein, daß die Löhne der Arbeiter und die Arbeitszeit der Arbeiter bis zu einem gewissen Grade und zweifellos sehr hohem Grade entscheidend sein werden für die endgültige Festsetzung der Gehälter der Polizeibeamten und der Dienstzeit derselben. Wenn z. B. ein Bauarbeiter bei 44stündiger Arbeitszeit wöchentlich ein Einkommen von 150 RM hätte (in Wirklichkeit hat ein Maurer einen solchen Lohn nicht), dann wäre es unmöglich, einem Polizeibeamten, der Maurer gelernt hat, im Polizeidienst zu halten bei 60- oder 80stündiger Dienstleistung wöchentlich und einer Entlohnung von — sagen wir — 45 RM in der Woche. Er würde sich entschließen, seinen Polizeidienst zu quittieren und würde seinem früheren Berufe wieder nachgehen. Bis zu einem gewissen Grade ist es auch umgekehrt so, daß hohe Gehälter der niederen Beamten und kurze Dienstzeit sich auswirken müssen auf Arbeitszeit und Entlohnung der Arbeiterschaft. Dieses Beispiel zeigt deutlich, wie eng die Interessen der Beamtenschaft und auch der Polizeibeamten mit den Interessen der Arbeiterschaft verbunden sind. Gewiß kann man keinen Polizeibeamten zwingen, daß er sich bei der Kommunistischen Partei organisiert, er **wäre in der freiesten Republik der Welt** die längste Zeit **Polizeibeamter gewesen;** aber man kann auch dem Polizeibeamten nicht ins Herz und auch nicht ins Gehirn gucken und als Entlassungsgrund kann unmöglich herangezogen werden die Tatsache, daß der Polizeibeamte sich mit aller Entschiedenheit für die Verbesserung seiner Lebenshaltung, d. h. für ein höheres Gehalt und für eine kürzere Arbeitszeit einsetzt. Wenn er sich gegen die Militarisierung der Polizei, gegen das Zölibat, gegen die Ueberwachung des Kadavergehorsams wendet, so kann auch das nicht als Entlassungsgrund herangezogen werden. Die Dinge sind also ganz klar. Der Polizeibeamte, der zur Gattung der schlechtbezahlten Beamtengruppen gehört, kann seine Belange am besten vertreten, je enger er sich an die Arbeiterklasse anschließt. Daraus ergibt sich für uns die Forderung, die wir an die Polizeibeamten stellen müssen. **Habt Verständnis für die Lage der notleidenden Bevölkerung, die leider — es muß gesagt werden — in Deutschland zu Millionen zählt, denkt an die Notlage der Erwerbslosen, der Altersrentner, der Kriegsrentner und der unzähligen verarmten Schichten unseres Volkes. Wenn ihr aufgeboten werdet, einzuschreiten gegen die Arbeiterschaft, gegen Demonstranten, gegen Streikende, denkt daran, daß sie eure**

# Für Arbeit und Brot!

## Für 40prozentige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung! Gegen die Arbeitslosenversicherung!

### Arbeiter, Arbeiterinnen, Erwerbslose, heraus zum Protest!

Die neue Bürgerblockregierung unter Führung des Reichsbannert-„Kameraden" Marx will das von den einst SPD-Ministern vorbereitete Arbeitslosenversicherungsgesetz durchführen. Heute, nach acht Jahren SPD-Politik sind 2 000 000 Arbeiter dauernd erwerbslos. Die Bourgeoisie „rationalisiert" ihre Betriebe auf Kosten der breiten Arbeitermassen. 2 Milliarden Extraprofite sind allein 1926 als Ergebnis der Rationalisierung den Trust- und Bankherren in den Schoß gefallen. Auf der einen Seite

**Milliarden Gewinne — Millionen Arbeitslose**

auf der anderen, das ist der Erfolg der Arbeitsgemeinschaftspolitik. Wahnsinniges Wettrüsten, stärker als 1914, kennzeichnet die Weltlage. Der Krieg gegen Sowjetrußland wird vorbereitet.

**Neuer Krieg, neues Massenmorden steht bevor!**

Die herrschende Klasse gibt 750 Millionen für ihre Reichswehr aus, sie zahlt ihren Ministern und monarchistischen Generalen Riesenpensionen, die desertierten Fürsten erhalten Milliarden **aus den Taschen des arbeitenden Volkes.**

**Für die Arbeitslosen ist kein Geld da!**

Ihnen soll die ohnehin schon kärgliche Unterstützung vom 1. April ab **um mehr als 50 Prozent gekürzt werden.**

Man will die Aermsten der Armen besonders rupfen!

Man will die arbeitslosen städtischen Arbeiter auf das Land deportieren und den Junkern ausliefern.

Man will die Unterstützungsberechtigung erst nach 26wöchiger Beitragszahlung eintreten lassen, und die Unterstützungsdauer auf 26 Wochen beschränken, und die Pflichtarbeit soll verewigt werden.

Die SPD-Führer **haben ihre Zustimmung zur Einführung der Arbeitslosenversicherung gegeben,** trotz der Tatsache, daß schon vor dem Krieg der Internationale Kongreß der Sozialdemokratie in Kopenhagen beschloß:

**„Der Kongreß fordert von den öffentlichen Gewalten, die von den Arbeiterorganisationen verwaltete, allgemeine obligatorische Arbeitslosenfürsorge, deren Kosten die Besitzer der Produktionsmittel zu tragen haben."**

Einzig und allein die Kommunisten kämpfen an der Seite der Erwerbslosen gegen die Arbeitslosenversicherung für eine Erwerbslosenfürsorge. Der Reichsausschuß der Erwerbslosen ruft die Arbeitslosen des ganzen Reiches in Stadt und Land gegen den Raub der Unterstützung auf, am

**18. März aufzumarschieren**

**in gewaltigen Demonstrationen.** Am 18. März muß der Schrei nach Arbeit und Brot millionenfach erklingen.

Der Reichsausschuß der Erwerbslosen fordert die Arbeiterschaft in den Betrieben auf, an diesen Demonstrationen geschlossen teilzunehmen. Der Kampf der Arbeitslosen ist auch der Kampf der Arbeiter in den Betrieben. Vereinigt euch zum gemeinsamen Handeln. Der Aufmarsch am 18. März muß so gewaltig werden, daß die Bourgeoisie und ihre Lakaien es nicht wagen, ihren reaktionären Plan durchzusetzen. Heraus zum Kampf gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung! Der letzte Mann muß mobilisiert werden!

**Auf zum Reichserwerbslosentag am 18. März!**

Demonstriert:

**Für Arbeit und Brot!**
**Für 40prozentige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung!**
**Für die Erwerbslosenfürsorge!**
**Gegen die Arbeitslosenversicherung!**
**Gegen die Ueberstundenwirtschaft!**
**Für den Achtstundentag!**
**Gegen die Pflichtarbeit!**
**Für die Anerkennung der Erwerbslosenausschüsse!**
**Gegen die Regierung des Agrar-, Finanz- und Industriekapitals!**
**Für eine Arbeiter- und Bauernregierung!**

**Reichsausschuß der Erwerbslosen.**

### In Ostsachsen finden am 18. März folgende Erwerbslosenkundgebungen statt:

**Bezirk Dresden, Erwerbslosenkundgebung nachmittags 4 Uhr Schützenplatz**

**Sammelplätze in Dresden:** Leuben-Niederlößnitz: Gasthof Leuben, Abmarsch 1.45 Uhr. — Striesen: Altenberger Platz 2.45 Uhr. — Löbtau: Bürgergarten, Abmarsch 3 Uhr, Anschluß Freital. — Neustadt-Ost und West: Erfurter Platz Abmarsch 3 Uhr, Anschluß an die Lößnitzortschaften.

**Bezirk Freital:** Hauptsammelstelle Döhlener Hof. Abmarsch nachmittags 1.45 Uhr nach Dresden.

**Pirna-Heidenau:** Nachmittags 4 Uhr Sportplatz. Abmarsch von der Hauptsammelstelle Rathaus Heidenau, nachmittags 2.45 Uhr.

**Bezirk Lößnitzortschaften:** Hauptsammelstelle Kötzschenbroda, Goldener Anker, nachmittags 1.15 Uhr.

**Neusalza-Spremberg:** Nachmittags 6 Uhr Obermarkt für die Orte: Oppach, Taubenheim, Beiersdorf, Schönbach, Neusalza-Spremberg.

**Bezirk Bautzen:** Nachmittags 4 Uhr Kornmarkt.

**Arbeitsgebiet Kirschau:** Nachmittags 4 Uhr Dorfplatz.

**Bezirk Löbau:** Nachmittags 4 Uhr Marktplatz.

**Zittau:** Nachmittags 4 Uhr Marktplatz.

**Sebnitz-Neustadt.** Nachmittags 4 Uhr, vor dem Arbeitsnachweis Sebnitz.